

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

während wir unsere Verbandszeitschrift produzieren, stehen wir unter dem Schock der Anschläge in Paris, die so viele unschuldige Menschen das Leben gekostet haben. Hass und Fanatismus haben dazu geführt, dass junge Menschen diese schrecklichen Taten begangen haben. Ich denke an das „Vermächtnis der Überlebenden“, das 2009 vom Internationalen Auschwitz-Komitee veröffentlicht wurde. Darin heißt es: „Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.“ Daran sollten wir uns erinnern und den Kampf der Überlebenden fortsetzen. Gerade jetzt.

Das Jahr 2015 stand beim Bundesverband auch im Zeichen der Folgegenerationen - der Kinder und Enkel derjenigen, die die Verfolgung durch die Nazis erleiden mussten. Wir berichten in dieser Ausgabe über unsere Konferenz und unsere Positionen zu diesem Thema. Außerdem erfahren Sie etwas über die Projekte, die wir unmittelbar für die Überlebenden durchführen: Unsere Erzähl- und Begegnungscafés, die „Warm Homes“ und den Besuchsdienst.

Ich bitte Sie auch in diesem Jahr vielfach um Ihre Unterstützung: Wir brauchen Ihre materielle und ideelle Hilfe, Ihre Spenden und Ihr ehrenamtliches Engagement. Vor allem aber bitte ich Sie, sich allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagiert entgegenzustellen und denjenigen mit einem klaren „Nein!“ zu antworten, die ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen immer lauter und ungenierter äußern.



Heike Fischer Fotografie, Köln

Mit den besten Wünschen für ein friedliches Jahr 2016

Ihr

Jost Rebentisch

Zweite Generation

Konferenz zum Thema Nachkommen von NS-Verfolgten



TeilnehmerInnen der Konferenz • Bild: Kamila Zimmermann

Im Juni 2015 veranstaltete der Bundesverband eine Konferenz in Berlin zum Thema „Zweite Generation“. Diese basierte auf den Ergebnissen zweier Fachtagungen des Bundesverbands zum gleichen Thema in den Jahren 2009 und 2011, aus denen der Auftrag hervorging, das Thema „Zweite Generation“ einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ziel der Konferenz war es, der gesellschaftlichen Relevanz des Themas gerecht zu werden und möglichst viele Menschen zusammenzubringen, die dazu einen Bezug haben. Die TeilnehmerInnen waren sowohl Nachkommen von Verfolgten des Nationalsozialismus als auch Personen mit beruflichem oder privatem Interesse. Das Thema ist facettenreich, daher sollten möglichst viele Aspekte beleuchtet werden.

So erläuterte Dr. Natan Kellermann in seinem Workshop, „dass die Verfolgungsgeschichte der Eltern auch die direkten Nachkommen der Überlebenden und weitere Generationen beeinträchtigen kann“. Diesen Aspekt beleuchtete er mit Hilfe der Epigenetik. Die chemische Zusammensetzung der Schicht auf den Genen wirkt demnach als eine Art biologischer Speicher, der Erfahrungen der Eltern enthält. „Die Epigenetik bietet uns weitreichende Möglichkeiten biologische Auswirkung der Weitergabe von Traumata auf die Folgegenerationen zu verstehen“, so Kellermann.

Dr. Silvio Peritore behandelte die Auswirkungen des Völkermords an den Sinti und Roma und wie dieser sich im Familiengedächtnis niedergeschlagen hat. Dabei ging er auch auf die Diskriminierung der Sinti und Roma in der Bundesrepublik ein, die einer Aufarbeitung der Vergangenheit im Weg stand. Denn lange wurden die Verbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus an so genannten „Zigeunern“

begangen wurden, nicht als Teil der Vernichtungsideologie anerkannt.

Der Workshop der Gruppe „Kinder des Widerstands – Antifaschismus als Aufgabe“, vertreten durch Christa Bröcher und Klara Tuchscherer, beleuchtete einen anderen Aspekt. Sie berichteten von den Erfahrungen, die ihre Eltern als politisch Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus machen mussten, und wie diese in der Bundesrepublik für den geleisteten Widerstand nicht Anerkennung sondern neue Schwierigkeiten erfuhren. Dabei gingen sie auch auf ihre Motivation für die Gründung der Gruppe ein: Aus der eigenen Biografie und der ihrer Eltern leiten sie den Auftrag ab, sich aktiv gegen neonazistische Strömungen einzusetzen.

Anita Haviv-Horiner behandelte in ihrem Workshop die Frage, ob und wie Deutschland eine Heimat für Nachfolgegenerationen jüdischer Überlebender und Nachkommen anderer von den Nationalsozialisten verfolgter Gruppen sein kann. Die Teilnehmenden ließen sich in wechselseitigen Interviews auf einen sehr persönlichen Austausch über ihre Gefühle zu Deutschland - als Land in dem sie leben - ein. „Die Gespräche illustrieren eine faszinierende Wechselbeziehung zwischen dem Mikrokosmos der persönlichen Biografie und dem Makrokosmos der großen Geschichte“, sagte Anita Haviv-Horiner.

Miriam V. Spiegel ist Paar- und Familientherapeutin und bot mit ihrem Workshop: „Opferneid, Wut, Trauer, Scham- und Schuldgefühle: emotionale Konflikte der ‚Zweiten Generation‘“ eine psychologische Herangehensweise. Sie beleuchtete, welchen Einfluss die Verfolgungsgeschichte der Eltern auf die Psyche der Kinder haben kann. Denn der Umgang der Eltern mit



Anita Haviv-Horiner – Referentin
Bild: Kamila Zimmermann

ihrer eigenen Geschichte schlägt sich in der Erziehung nieder, häufig entsteht eine sehr spezielle Eltern-Kind-Beziehung. Der mehrheitlich interaktive Workshop trug zum besseren Selbstverständnis und zum Verständnis der Situation anderer Angehöriger der „Zweiten Generation“ bei. Miriam V. Spiegel sagte am Schluss der Konferenz, dass „die Veranstaltung dazu beitragen kann, Konkurrenzen zu überwinden und miteinander eine Schicksals-, Identitäts- und Interessengemeinschaft zu bilden.“

Biografische Vorträge von Petra Hörig und Alexander Bakalejnik boten einen sehr persönlichen Einblick, in welcher Weise sich die Verfolgungsgeschichten auf das Familienleben und auf die ReferentInnen ausgewirkt haben. Petra Hörig beschrieb die Auswirkungen der Verfolgungsgeschichte ihres Vaters, der wegen seiner sexuellen Orientierung verfolgt wurde. Alexander Bakalejnik berichtete über die Sozialisation der „Zweiten Generation“ in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Dabei beleuchtete er die Verzahnung von familiären und gesellschaftlichen Faktoren.

Die Veranstaltung stieß auf ein großes Interesse in den Medien und konnte dazu beitragen, das Thema ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit zu bringen. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Sammelband zusammengefasst, der Anfang 2016 im Mabuse-Verlag erscheinen wird.

Die Konferenz und die zugehörige Publikation konnten nur durch die großzügige Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und

Jugend durchgeführt werden. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken.

Thorsten Fehlberg •



Dokumentation der Konferenz
Bild: Mabuse-Verlag

► Folgegenerationen der Überlebenden

Auszug aus dem Positionspapier des Bundesverbands

Schon die Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung hatten es sehr schwer, Anerkennung und Entschädigung zu erhalten. Ihre Nachkommen haben mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, auch Ihnen versagt man bisher Anerkennung und Hilfe, ihre besondere Situation wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Vielfach wurde bereits festgestellt, dass Nachkommen von NS-Verfolgten häufig unter seelischen und körperlichen Krankheiten leiden, die auf eine Sekundärtraumatisierung hinweisen. An Angeboten, die sich speziell den Bedürfnissen der Folgegenerationen widmen, mangelt es jedoch. Versäumt wurde zudem die Sicherung der institutionellen Teilhabe dieser Generationen in den von ihr bearbeiteten Bereichen. Schließlich bedarf es auch einer Verbesserung der Würdigung ihrer Arbeit und der Formulierung von Zukunftsperspektiven.

Der Bundesverband vertritt seit fast 25 Jahren die Interessen der Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung. Daraus haben sich viele Berührungspunkte mit den Interessen der Folgegenerationen ergeben. So hat die vom Bundesverband im Auftrag des Landes NRW betriebene Transferstelle zur Verbesserung der Information und Beratung für NS-Verfolgte in NRW seit 2013 ausdrücklich den Auftrag, auch im Sinne der Nachkommen

tätig zu werden. Unsere Mitgliederversammlung beschloss zudem bereits 2008 die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe. Zwei Fachtagungen in den Jahren 2009 und 2011 führten zur Konferenz „Zweite Generation“ am 15. und 16.06.2015 in Berlin. Hier wurde ein breites Spektrum von Fragestellungen in den Feldern Soziale Arbeit, Psychische Gesundheit und Gesellschaftlich-Politische Teilhabe abgedeckt. Die Konferenz bot erstmalig Angehörigen der Folgegenerationen aller Verfolgtengruppen ein Forum des Austauschs und der Vernetzung. Zur Klärung sollten folgende Begrifflich-

keiten verdeutlicht werden:

- Der Begriff „Zweite Generation“ hat sich zwar etabliert, gemeint ist hier aber nicht nur die direkte Nachkommenschaft der NS-Verfolgten, sondern die nachfolgenden Generationen insgesamt.
- Die Formulierung von Erfordernissen für die nachfolgenden Generationen darf nicht dazu führen, diesen Gruppen insgesamt Auffälligkeiten zu unterstellen.
- Der enge Opferbegriff, der für die unmittelbaren Opfer und Verfolgten des NS-Regimes gilt, greift für die nachfolgenden Generationen nicht mehr.



Die Geschichte der Eltern prägt die Nachkommen • Bild: Pixabay

Psychische Bedarfe und soziale Erfordernisse

Es wäre nicht statthaft, alle Angehörigen der Folgegenerationen für behandlungsbedürftig zu halten. Es ist aber tatsächlich so, dass sich die Traumata der Eltern auf die Kinder übertragen können. So ist mittlerweile nachgewiesen, dass traumatische Erlebnisse der Elterngeneration sogar genetisch vererbbar sind (Epigenetik). Für den Personenkreis der „Zweiten Generation“, der unter diesen Traumata leidet, ist zu fordern, dass ihm eine adäquate therapeutische Behandlung zuteilwird. Der ICD 10 definiert zwar „Posttraumatische Belastungsstörungen“ oder auch „Angststörungen“, eine eigene Kategorie für die Behandlungsbedürftigkeit der Betroffenen aus den Nachfolgegenerationen gibt es aber nicht. Diese ist zu fordern, damit der Zugang zu einer Behandlung ermöglicht und erleichtert wird. Zu betonen ist, dass es sich bei den therapeutischen Interventionen nicht darum handeln kann, die Traumata der Eltern aufzuarbeiten, sondern die eigene problematische Persönlichkeitsentwicklung zu bearbeiten. Die Kosten notwendiger Behandlungen sollten vollständig von



Bild: Pixabay

den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Im sozialen Bereich sind vielfältige Unterstützungsmaßnahmen für die nachfolgenden Generationen denkbar. Der Bundesverband hat zahlreiche Projekte initiiert, die sich, thematisch angepasst, auf die „Zweite Generation“ übertragen lassen. So ist z.B. ein Erzähl- und Begegnungscafé für diese Personengruppe möglich, ebenso könnte die Projektidee des „Warm Home“ für die „Zweite Generation“ angepasst werden und auch ein Zeitzeugen-Theater, das sich der Problematik dieses Personenkreises annähert, ist realisierbar. In Israel ist die „Zweite Generation“ bereits in solche Projekte involviert und profitiert davon. Weitere innovative Formen der Unterstützung sind zu entwickeln.

Gesellschaftliche Teilhabe

Ein Bedarf an strukturell gesicherter Teilhabe an öffentlichen Entscheidungsprozessen wurde von den Nachkommen erstmals in Bezug auf die Gedenkstättenpolitik geäußert. Einige möchten sich aktiv am gedenkpolitischen Diskurs beteiligen, indem sie als „Zeugen der Zeugen“ von der Verfolgung ihrer Eltern oder Großeltern berichten oder in der Gedenkstättenarbeit mitwirken. Wir sind der Ansicht, dass sie als Erben ihrer Eltern und Großeltern ein Recht darauf haben, dass diesem Wunsch entsprochen wird. Dies ist nur möglich, wenn das Recht auf Teilhabe strukturell gesichert wird. Dabei ist es jedoch wichtig, die Nachkommen nicht auf das Leben ihrer Eltern und Großeltern zu reduzieren. Oft wird verkannt, dass diese Menschen eine ganz eigene Geschichte haben. Sie können als Zeitzeugen über den Einfluss der

Erlebnisse der Eltern auf die Familiengeschichte sprechen und auch darüber, wie diese ihr eigenes Leben und ihre Entwicklung beeinflusst haben.

Sicherlich ist es wichtig anzuerkennen, was die Nachkommen für ihre Eltern und Großeltern geleistet haben. Wichtig ist es aber auch, ihre allgemeine Lebensleistung anzuerkennen, die unter erschwerten Bedingungen erbracht wurde. Es fällt auf, dass viele Nachkommen helfende oder risikoreiche Berufe ergriffen haben. Zugleich ist aber auch die Suizid- und Suchtgefahr in dieser Gruppe deutlich erhöht. Die Gesellschaft muss anerkennen, dass das Schicksal der Verfolgten des Nationalsozialismus in vielen Fällen das Leben ihrer Kinder und Enkel prägt. Daraus folgt eine unmittelbare Verantwortung. Zu denken ist, wie oben beschrieben, an die Schaffung eines kostenlosen psychotherapeutischen Beratungs- und Sozialangebots. In Betracht kommt jedoch durchaus auch eine Geldzahlung, z.B. in Form einer Entschädigungs- oder zumindest Anerkennungsleistung.

In welcher Form die gesellschaftliche Teilhabe umgesetzt werden kann, wurde auf der Konferenz in Berlin bereits in einigen Workshops erörtert. Der Bundesverband wurde von den TeilnehmerInnen mehrfach aufgefordert, die einzelnen Gruppen zusammen zu bringen, Austausch zu ermöglichen, Interessen zu bündeln und ein gemeinsames Vorgehen in die Wege zu leiten. Wir nehmen diese Aufforderung sehr ernst und werden alles daran setzen, auch den Folgegenerationen zu Anerkennung und Unterstützung zu verhelfen.

Prof. Dr. Felix Kolmer, Dr. Jost Rebentisch •

Zamość

Polnisch-Deutsche Kooperation

Der Bundesverband kooperiert seit 2008 mit dem Stowarzyszenie Zamojskie Centrum Wolontariatu, dem Freiwilligenzentrum der südostpolnischen Stadt Zamość. Dort wurden in den vergangenen Jahren nach dem Vorbild der Arbeit des Bundesverbands vielfältige Angebote für die Überlebenden der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft realisiert, die das Leben der alten Menschen erheblich verbessert haben. Neben einer Rechts- und Sozialberatung gab und gibt es dort z.B. Computerkurse, Ausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Erzählcafés und physiotherapeutische Maßnahmen. Finanziert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) geht unser gemeinsames Projekt nun in die zweite Verlängerung: Zumindest bis 2017 ist die Finanzierung gesichert.

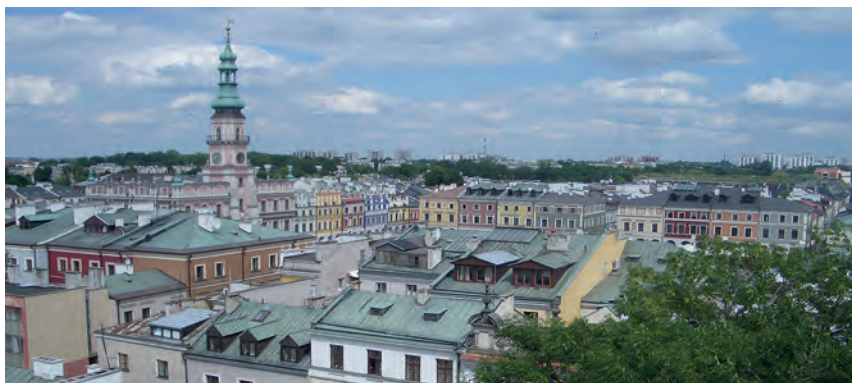
Neben den Angeboten für die Überlebenden ist in diesem Projekt auch der Austausch zwischen dem polnischen und dem deutschen Projektpartner sehr wichtig. Reisen der polnischen KollegInnen nach Köln und von VertreterInnen des Bundesverbands nach Zamość zu gemeinsamen Konferenzen und

Workshops bilden einen wesentlichen Bestandteil des Projekts. So besuchten vom 21. bis 25.09.2015 drei MitarbeiterInnen des Bundesverbands die KollegInnen in Zamość und gestalteten einen gemeinsamen Workshop zu den Themen Formale/Nichtformale Bildung und Vorurteile/Stereotypen. Der Workshop wurde von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Freiwilligenzentrums ebenso besucht wie von SchülerInnen in Begleitung ihrer LehrerInnen. Ein weiterer Programmpunkt des Besuchs war ein Treffen der deutschen Delegation mit Überlebenden in Zamość, die an den verschiedenen Aktivitäten des Freiwilligenzentrums teilnehmen. Hier kam es zu

sehr emotionalen Begegnungen und Berichten, aber auch zu konkreten Fragen der Überlebenden: So bat eine ältere Dame das Team des Bundesverbands, ihr bei der Suche nach ihrem 1945 in der Zwangsarbeit in Deutschland verschollenen Bruder zu helfen.

Das Kooperationsprojekt zwischen Köln und Zamość ist nicht nur ein großer Gewinn für die dortigen Überlebenden, sondern auch ein guter Beitrag zur polnisch-deutschen Verständigung: Neben den professionellen sind in den Jahren der Zusammenarbeit auch sehr intensive freundschaftliche Beziehungen entstanden.

Jost Rebentisch •



Die südostpolnische Stadt Zamość

▶ Lebendige Geschichte

Neues aus den Erzähl- und Begegnungscafés



Jubiläumsfeier des Kölner Erzählcafés

Der Bundesverband veranstaltet weiterhin an mehreren Standorten Erzähl- und Begegnungscafés für NS-Verfolgte. Die Teilnehmenden schätzen den Austausch im geschützten Rahmen der Begegnungscafés und den Kontakt zu den SchülerInnen während der Erzählcafés. Den jungen Menschen bieten die öffentlichen Cafés die Möglichkeit, in direkten Kontakt mit den Überlebenden der NS-Verfolgung zu treten. So wird das Café für sie zum lebendigen Geschichtsunterricht.

Düsseldorf

Im Düsseldorfer Erzählcafé berichtete anlässlich des Kriegsendes vor 70 Jahren Sinovij Goldberg, der als Kind die Schrecken der Hungerblockade Leningrads überlebt hatte, wie schwer der Kampf um das tägliche Überleben war und wie viele Menschen durch Kälte, Hunger und Beschuss starben. Auch Düsseldorfs Bürgermeister Karen-Jungen war zu Gast und sprach Herrn Goldberg seine Wertschätzung aus. Bei einem weiteren Erzählcafé im November 2015 berichtete Rachel Klüger von ihrer Verfolgung und der Deportation nach Transnistrien.

Die TeilnehmerInnen kommen gerne zu den monatlichen Treffen in die freundlich gestalteten Räume des „Zentrum Plus Altstadt“ der AWO. Dort tauschen sie sich aus, teilen persönliche, kulturelle und politische Ereignisse, lassen sich bei Bedarf Beratung vermitteln und gedenken gemeinsam wichtiger Lebensereignisse. Dazu gehörte zum Beispiel die Verlegung eines Stolpersteins für Peter Max Blank, dessen leider plötzlich verstorbene Witwe Eva Blank eine langjährige Besucherin des Cafés war.

Köln

Das vierzehntägig stattfindende Kölner Café feierte in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass begrüßte der



Leonid Fish berichtet im Kölner Erzählcafé

Bundesverband den Kölner Bürgermeister Hans-Werner Bartsch und viele weitere Gäste. Tamar Dreifuss las aus den Erinnerungen ihrer Mutter und schilderte eindrücklich, wie sie selbst als Kind den Holocaust in Wilna überlebt hatte. Katharina Müther begleitete das Fest mit jiddischer Musik und der Porzer Schalom Chor gab den Jubilaren ein Ständchen.

Es fanden auch wieder mehrere öffentliche Erzählcafés in Köln statt. So erzählte Vladimir Kachalov von den furchtbaren Zuständen im belagerten Leningrad. Seine Schilderungen ließen niemanden unberührt. Eindringlich berichtete auch die Schriftstellerin Ruth Weiss wie sie als junges Mädchen in Nazi-Deutschland aufgrund ihrer jüdischen Herkunft angefeindet wurde bis sie mit ihrer Familie nach Südafrika emigrierte. Sehr bewegend erzählte der 1923 in der Stadt Oświęcim (deutsch: Auschwitz) geborene Leonid Fish von der Flucht seiner Familie, bei der drei seiner Brüder ihr Leben verloren. Er berichtete auch von seiner Zeit als Soldat in der Roten Armee, mit der er 1945 bis nach Berlin kam. In besonderer Erinnerung bleibt sein Appell an die SchülerInnen: „Deutschland ist ein freies Land. Ihr müsst das nutzen und die Demokratie schützen!“

Der Zeitzeuge Harry Dreifuss berichtete unter anderem von seiner Zeit als Kameramann an der Seite von Beate und Serge Klarsfeld, mit denen er 1971 den ehemaligen Kölner Gestapochof Kurt Lischka aufspürte.

Außerdem gab es in Köln eine personelle Veränderung: Die langjährige Projektleiterin Elisabeth Kahl wird sich in Zukunft auf das Düsseldorfer Café und den Ausbau der Warm Homes konzentrieren. Ihre Nachfolgerin ist Vanessa Rex, die den Teilnehmenden bereits als Mitarbeiterin von Elisabeth Kahl vertraut ist.

Recklinghausen

Am neuen Caféstandort des Bundesverbands tauschen sich seit Anfang 2015 einmal im Monat ehemalige NS-Verfolgte aus Recklinghausen und Umgebung sowie aus Münster im geschützten Rahmen eines Begegnungscafés aus. Beim ersten öffentlichen Erzählcafé im September dieses Jahres erzählte Ingelore Prochnow ihre bewegende Lebensgeschichte: Als Kind hatte sie das Konzentrationslager Ravensbrück überlebt. Die Veranstaltung stieß in Recklinghausen und Umgebung auf großes Interesse, der erste Beigeordnete der Stadt Recklinghausen, Georg Möllers, und der Leiter des Stadtarchivs, Dr. Matthias Kordes, gehörten zu den Gästen. Die erfolgreiche Eröffnung eines weiteren gut besuchten Standortes macht deutlich, wie wichtig das Angebot der Erzähl- und Begegnungscafés weiterhin ist.



Eröffnung des Erzählcafés in Recklinghausen

Wir danken der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) für die Unterstützung der Cafés in Düsseldorf und Recklinghausen, der Stadt Köln für die Unterstützung des Kölner Cafés und der AWO Kreisgruppe Düsseldorf, der Kölner Residenz am Dom sowie der Evangelisch-Methodistischen Kirche Recklinghausen für die gelungene Kooperation. Unser ganz besonderer Dank gilt den Freiwilligen für ihre zuverlässige und tatkräftige Unterstützung!

Elisabeth Kahl und Vanessa Rex •



Was bleibt, wenn ich für immer gehe?

Welche Spuren hinterlasse ich und was kann ich über mein Leben hinaus bewirken? Ein Testament bietet die Möglichkeit, Dinge zu ordnen, Werte und Maßstäbe zu setzen und den Lebenden zu helfen – über das eigene Dasein hinaus.

Doch wie funktioniert das in der Praxis? Falls Sie sich für dieses Thema interessieren und sich vorstellen können, den Bundesverband als gemeinnützigen und mildtätigen Verein in Ihrem Testament zu bedenken, laden wir Sie gerne zu einem persönlichen Gespräch ein.

Kontakt: Anke Wolf,
Referentin für Recht & Beratung:
Tel.: +49 (0) 221 17 92 94 14,
E-Mail: wolf@nsberatung.de



Besuchsdienst Modellprojekt gegen Vereinsamung im Alter

Anfang dieses Jahres startete der Bundesverband ein neues Modellprojekt in Köln: den ehrenamtlichen Besuchs- und Begleitedienst für NS-Verfolgte. Denn viele der Betroffenen sind mittlerweile hochbetagt und für einige wird es immer schwieriger, an Veranstaltungen wie den Erzähl- und Begegnungscafés teilzunehmen. Mit dem Besuchs- und Begleitedienst möchte der Bundesverband ihrer Vereinsamung entgegenwirken. Ziel des Projekts ist es, dazu beizutragen, dass die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld leben können.

Zu diesem Zweck wurde ein Team von Ehrenamtlichen aufgebaut, das die Betroffenen regelmäßig besucht, sich nach ihren Sorgen und Nöten erkundigt oder einfach die Muße hat, in Ruhe zuzuhören. Darüber hinaus helfen die Freiwilligen bei Behördengängen und Arztbesuchen oder begleiten die SeniorInnen zu kulturellen Veranstaltungen. Im Moment betreut der Bundesverband mit der tatkräftigen Hilfe



Unterstützung im Alltag Bild: Pixabay

der Freiwilligen 20 Menschen in Köln und der näheren Umgebung. Ermöglicht wird das Projekt durch die finanzielle Unterstützung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) und der Glücksspirale.

Svetlana Fourer •

Warmes Zuhause

Die „Warm Homes“ sind ein Stück Heimat

Die Idee des Warm Home stammt ursprünglich aus Israel: Menschen aus einem anderen Kulturkreis treffen sich in ihrer neuen Heimat in privatem Rahmen. Insgesamt gibt es in Israel Warm Homes an über 320 Standorten.

Der Bundesverband importierte diese Idee nach Deutschland und machte das Projekt mit Hilfe russischsprachiger Mitarbeiterinnen von JDC-ESHEL publik. Denn auch hier ist der Alltag der Betroffenen oft von Einsamkeit, Sprachschwierigkeiten sowie mangelnder Akzeptanz und Wertschätzung geprägt. In Köln-Chorweiler findet das Projekt inzwischen seit fünf Jahren statt und viele NS-Verfolgte mit russisch-jüdischem Hintergrund genießen die Gemeinschaft. Auch in Köln-Porz gibt es seit gut zwei Jahren ein „Warmes Zuhause“. Ziel des Warm Home ist eine Stärkung der eigenen Identität durch Treffen in vertrautem kulturellen Umfeld, denn dadurch kann ein gutes Selbstbewusstsein entwickelt werden und eine bessere Integration in die neue Umgebung erwachsen.

Anders als die Erzähl- und Begegnungscafés finden Warm-Home-Treffen im privaten Umfeld statt. Es ist manchmal gar nicht so einfach, hierfür GastgeberInnen zu finden. Dabei sind eigentlich nur ein Wohnzimmer, ausreichend Stühle für etwa zwölf Gäste und Freude an der Gemeinschaft bei einem kleinen Imbiss nötig. Doch statt des vorgesehenen kleinen Snacks wird für jedes Treffen ein wahres Festmahl vorbereitet. Da nimmt es nicht Wunder, dass ein Gastgeberhepaar manchmal nur für einen bestimmten Zeitraum die Warm-Home-Treffen

beherbergen möchte. „Es ist unsere Mentalität reichliches und gutes Essen anzubieten, ein kleiner Imbiss reicht nicht aus“, erklärt Stella Shcherbatova, Leiterin des Begegnungszentrums Porz der Synagogengemeinde Köln. Die Leiterinnen der Begegnungszentren in Porz und Chorweiler haben uns von Beginn an bei der Suche nach GastgeberInnen unterstützt.

Es findet jedoch nicht nur ein gemeinsames Essen statt, auch der Austausch, die Gespräche und das gemeinsame Singen machen viel Freude. Einige der Teilnehmenden tragen Gedichte, Lieder und Anekdoten vor oder erzählen aus ihrer Jugend und von der Familie. Wichtig sind auch Feiertage wie der Weltfrauentag am 8. März, der 9. Mai als Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ und eine gebührende Würdigung der Ehrungen und Auszeichnungen der Teilnehmenden. In diesem Jahr, 70 Jahre nach Kriegsende, erhielten einige der Teilnehmenden eine besondere Auszeichnung im russischen

Konsulat und alle freuten sich im Warm Home Chorweiler gemeinsam darüber. Auch in Köln-Porz bietet ein freundliches Gastgeberhepaar jeden Monat im Warm Home eine wunderbar gedeckte Tafel an. Bei Musik, Unterhaltung und Getränken vergeht die Zeit schnell - oft wollen die Gäste das Warm Home gar nicht wieder verlassen. Gemeinschaft bietet das Warm Home allen, die in der näheren Umgebung des Gastgebers wohnen und vielleicht nicht mehr mobil genug sind, um auch weiter entfernte Treffen besuchen zu können.

Der Bundesverband betreut die Warm Homes in Köln mit einer Projektleiterin und einer russischsprachigen Volontärin, finanziell wird er dabei von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) unterstützt. Im kommenden Jahr werden Warm Homes an weiteren Standorten in Nordrhein-Westfalen eingerichtet, damit NS-Verfolgte auch dort einen warmherzigen Ort der Begegnung und des Austausches finden.

Elisabeth Kahl •



Reich gedeckte Tafel beim Warm Home in Köln-Porz

Französische Staatsbahn

► Entschädigung für Überlebende der Deportationen

Zwischen 1942 und 1944 deportierte die französische Staatsbahn SNCF ca. 76.000 Juden von Frankreich aus in verschiedene Vernichtungslager. Nur etwa 3.000 von ihnen überlebten. Im Dezember vergangenen Jahres schlossen Frankreich und die USA ein Abkommen über die Errichtung eines Entschädigungsfonds für die Überlebenden und deren Angehörige. Französische Regierungsvertreter erklärten, Frankreich wolle damit seiner Verantwortung nachkommen. Durch das Abkommen begegnete man jedoch auch dem politischen und rechtlichen Druck, der seitens der USA auf die SNCF ausgeübt wurde. Die Vereinigten Staaten sicherten im Gegenzug zu, alle juristischen Schritte gegen die SNCF in den USA zu verhindern. Der Fonds wurde mit einem Volumen von 60 Millionen US-Dollar ausgestattet.



Gedenkwanne im Lager Les Milles • Bild: Anima

Antragsberechtigt sind alle Überlebenden der Deportation durch die SNCF in Frankreich sowie deren Angehörige oder Erben, solange die Deportierten weder die französische Staatsangehörigkeit besitzen, noch die eines Staates, mit dem Frankreich

bereits in der Vergangenheit ein Abkommen geschlossen hat (Belgien, Polen, Vereinigtes Königreich, ehemalige Tschechoslowakei). Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an den Bundesverband.

Anke Wolf •

Professional Exchange

► Fachkonferenz „Soziale Projekte für Verfolgte des NS-Regimes“

Am 11. und 12. November 2015 fand in Köln eine von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) geförderte Fachkonferenz zum Thema „Soziale Projekte für Verfolgte des NS-Regimes: Erfahrungen, Austausch, Möglichkeiten“ statt. Gemeinsam mit seinem israelischen Projektpartner JDC-ESHEL realisiert der Bundesverband seit vielen Jahren Angebote für Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung. Aus dieser Kooperation sind neue Projekte entstanden, wie die Kölner Warm Homes für russischsprachige NS-Verfolgte oder das Zeitzugen-Theater. Im Rahmen der Fachkonferenz wurden die Erfahrungen unserer Zusammenarbeit ausgewertet und Perspektiven für zukünftige Kooperationen diskutiert. Gemeinsam mit den TeilnehmerInnen wurden in Workshops Ideen für zukünftige Projekte entwickelt.

Svetlana Fourer und Maggi Gad leiteten einen Workshop zum Thema „Zeitzugen-Theater“. In Israel wird das Projekt auch mit Beteiligung der Nachkommen von NS-Verfolgten durchgeführt. In Deutschland fand das Projekt unter anderen Voraussetzungen statt, da die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler hier größtenteils Nachkommen der „Tätergeneration“ sind. Ein Austausch darüber, wie dieses Projekt in Deutschland auch in



Maggi Gad von JDC-ESHEL
Bild: Kamila Zimmermann

Zukunft Zuspruch finden und umgesetzt werden könnte, fand im Workshop ebenfalls statt. Denn die Finanzierung solcher Projekte ist eine große Herausforderung.

Zum Gespräch über die Zukunft der Begegnungscafés luden Elisabeth Kahl und Leah Oren ein. Unsere Erfahrung zeigt, dass es weiterhin einen Bedarf zum Erhalt und

Ausbau der Begegnungscafés gibt. Dies wurde auch deutlich von den TeilnehmerInnen des Workshops kommuniziert. Als zukunftsweisende Projekte sind das Warm Home und der Besuchsdienst zu sehen, da sie sich besonders an Menschen richten, die mit fortschreitendem Alter weniger mobil sind. Unter anderem deshalb wird der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e. V. diese Projekte weiter ausbauen.

Zum Abschluss der Veranstaltung nahmen die TeilnehmerInnen an einem Erzählcafé teil. Der Erzähler Harry Dreifuss berichtete von der Flucht seiner Familie in das damalige Palästina und von seiner späteren Rückkehr nach Deutschland. Anfang der 1970er Jahre spürte er zusammen mit Beate und Serge Klarsfeld den ehemaligen Kölner Gestapo-Chef Kurt Lischka auf, der bis dahin völlig unbehelligt in Köln gelebt hatte.

Unsere Kooperation mit JDC-ESHEL kann hoffentlich mit Unterstützung der Stiftung EVZ auch in Zukunft weitergeführt werden. Das würde weiteren Austausch und die Entwicklung neuer Projekte ermöglichen.

Thorsten Fehlberg •

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit!

Seit über 20 Jahren tritt der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. engagiert für die Belange der Überlebenden ein. Darüber hinaus vertreten wir die Interessen der Folgegenerationen, die oft schwer am Erbe der Verfolgung zu tragen haben.

Dabei sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen:

- Fördern Sie unsere Erzähl- und Begegnungscafés durch eine Patenschaft

Mit 10 € monatlich finanzieren Sie Kaffee- und Kuchen für einen Caféteilnehmer.

Mit 30 € monatlich ermöglichen Sie einem hochbetagten Überlebenden die Teilnahme mithilfe des Fahrdienstes.

- Oder werden Sie Mitglied

Mit Ihrem Beitrag von 75 € im Jahr unterstützen Sie die Arbeit des Bundesverbands langfristig.

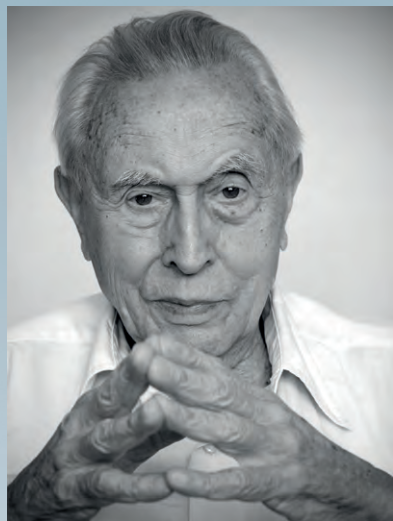


Bild: Stefan Hanke aus dem Projekt "KZ überlebt"

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Felix Kolmer
Felix Kolmer

Vorsitzender des Bundesverbands
Information & Beratung
für NS-Verfolgte e.V.

Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE42 3702 0500 0007 0731 01
BIC: BFSWDE33XXX

Zweierlei Maß Italienische Militärinternierte gehen weiter leer aus

Als der Deutsche Bundestag am 21.05.2015 beschloss, ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen eine „symbolische finanzielle Anerkennungsleistung“ zuzugestehen, war das eine ebenso überraschende wie erfreuliche Nachricht. Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die in der Zeit vom 22.06.1941 bis 08.05.1945 als Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam waren, können eine einmalige Leistung in Höhe von 2.500 € erhalten.



Entwaffnete italienische Soldaten • Bild: Bundesarchiv

Nachdem man die sowjetischen Kriegsgefangenen von der Entschädigung für NS-Zwangsarbeit ausgeschlossen hatte und die schwarz-gelbe Koalition sich lange dagegen wehrte, über eine Zahlung an die Überlebenden auch nur zu reden, wurde dies in der Großen Koalition möglich. Doch es mischen sich einige Wermutstropfen in die gute Nachricht: Mehr als fünf Millionen Soldaten der Roten Armee wurden von deutschen Truppen gefangen genommen. Über drei Millionen von ihnen starben in der Gefangenschaft: Sie wurden ermordet oder zu Tode gearbeitet, verhungerten oder starben an Seuchen. 1,836 Millionen Überlebende kehrten 1944/45 in die Sowjetunion zurück – heute gehen die Behörden von höchstens 4.000 lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen aus, das sind gerade einmal 0,2% derjenigen, die die Hölle der Kriegsgefangenschaft überlebt hatten. 70 Jahre lang wurde von verschiedenen Bundesregierungen abgewehrt, gehalten und taktiert, bis kaum noch ein Überlebender die verdiente Anerkennung erhalten kann.

Ähnlich verhält es sich mit den ehemaligen italienischen Militärinternierten. Die 600.000 italienischen Soldaten, die nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten am 03.09.1943 und der späteren Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich in die Hände ihrer ehemaligen deutschen „Waffenbrüder“ fielen, wurden sofort in Kriegsgefangenenlager gesperrt, wenn man sie nicht gleich umbrachte. Auf Befehl Hitlers wurden die Kriegsgefangenen zu „Militärinternierten“ erklärt. So fielen sie nicht mehr unter den Schutz der Genfer Konvention und konnten als Arbeitsklaven ausgebeutet werden. Eine Entschädigung für diese Sklavenarbeit wurde ihnen später versagt: Ein von der Bundesregierung

eingeholtes völkerrechtliches Gutachten erklärte die Umwandlung in den „Militärinternierten“-Status für rechtswidrig, die Gefangenen seien formal weiterhin Kriegsgefangene gewesen. Kriegsgefangenschaft jedoch schloss eine Entschädigung grundsätzlich aus. Ein formaljuristischer Taschenspielertrick.

Bis heute führten die vielen Entschädigungsklagen von Überlebenden vor italienischen und internationalen Gerichten nicht zum Erfolg. Stattdessen setzten Italien und Deutschland eine Historikerkommission ein, die Empfehlungen erarbeitet hat: Eine Gedenkstätte soll eingerichtet, der deutsch-italienische Historikeraustausch verbessert und die gemeinsame Forschung intensiviert werden. Eine Entschädigung oder zumindest eine Anerkennungsleistung wird, entgegen unserer Hinweise, nicht gefordert. Es ist allerhöchste Zeit für diese Geste der Anerkennung. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, den italienischen Militärinternierten schnellstmöglich zumindest den gleichen Status wie den sowjetischen Kriegsgefangenen zu gewähren - verbunden mit der Zahlung einer Anerkennungsleistung.

Jost Rebentisch •

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband Information & Beratung
für NS-Verfolgte e.V.
Genoveastr. 72, 51063 Köln
Telefon +49 (0) 221 17 92 94 0
Fax +49 (0) 221 17 92 94 29
www.nsberatung.de
info@nsberatung.de

Redaktion: Dr. Jost Rebentisch, Meike Wulf

Lektorat: Marion Heider

Autoren: Thorsten Fehlberg, Svetlana Fourer,
Petra Hörig, Elisabeth Kahl, Dr. Jost
Rebentisch, Vanessa Rex, Anke Wolf

**BUNDESVERBAND
INFORMATION &
BERATUNG FÜR
NS-VERFOLGTE**

Fotos:

Wenn nicht anders angegeben: Bundesverband
Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.

Auflage: 2.500 Stück im Dezember 2015

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln
www.hundt-druck.de

Grafikdesign:

H.-P. Schmidt, Köln • hps@concept-u-design.de

Wie sich das Trauma der Verfolgung auf meine Familie auswirkte „Es war nicht möglich, darüber zu sprechen“

Ich musste 50 Jahre alt werden, um die Hintergründe zum Leben und Selbstmord meines Vaters zu erfahren. In der Familie hatte ich vergeblich versucht, Näheres über ihn herauszufinden. Ende der 90er Jahre begann ich zu recherchieren. Über die Eintragung der Eheschließung meiner Eltern kam ich schließlich auf die richtige Spur. Mein Vater hatte meine Mutter unter falschem Namen geheiratet. Dieser Name war laut Beschluss des Amtsgerichts Meiningen im Kirchenbucheintrag korrigiert worden. Über das Amtsgericht gelangte ich an das Archiv in Meiningen und über den Auszug im Strafregister meines Vaters wiederum an seine Akte im Landesarchiv.

„Nazisse“. Ihre Begegnung blieb nicht ohne Folgen: Meine Mutter wurde schwanger, die beiden heirateten, es folgten weitere fünf Kinder.

Meine Mutter wusste über die Vergangenheit meines Vaters Bescheid. Später wurde er in Berlin auf einem SED-Kongress erkannt, seine Vorstrafen kamen ans Licht und er wurde erneut verurteilt. Das war für meine Mutter in der Kleinstadt Hildburghausen sehr unangenehm. Sie schämte sich sehr. Das erste Kind war bereits geboren und sie war mit mir schwanger. Nach meiner Geburt gab es eine Amnestie und wir verließen Hildburghausen in Richtung Westen.



Petra Hörig mit Vater und Bruder Horst
Bild: privat

Vaters in der Familie: Es wurde nicht über ihn gesprochen, es gab nicht einmal ein Foto von ihm.

Mir war Vieles lange nicht klar. Die Selbstmorde meiner Brüder Horst und Dieter, 1979 und 1983, erschütterten mich sehr. Ich fragte mich, was falsch gelaufen war. Es ließ mir keine Ruhe. Heute weiß ich, dass eine Übertragung der Traumata meines Vaters stattgefunden hatte. Mehr und mehr wurde mir bei meinen Recherchen bewusst, wie sehr seine Verfolgungsgeschichte die Entwicklung aller Familienmitglieder beeinflusst hatte. Wie vieles vorhanden war, was gar nicht vorhanden sein durfte. Die nicht ausgelebte Trauer über die Verluste innerhalb der Familie. Doch als es geschah, war es nicht möglich, darüber zu sprechen.

Petra Hörig •



Petra Hörig mit ihrem Vater • Bild: privat

Ich erfuhr, dass es am 10.12.1934 eine große Razzia gegen Homosexuelle in Berlin gegeben hatte. Alle einschlägigen Treffpunkte der Szene wurden aufgesucht und die Anwesenden verhaftet. Darunter war auch mein Vater. Am Tag darauf kam er ins KZ Lichtenburg zur „Umerziehung“. 1937 folgte eine Verurteilung nach § 175 a. Die Strafe betrug ein Jahr und zehn Monate. Er verbüßte sie u.a. in den Zuchthäusern Spandau, Zweibrücken und Frankfurt-Preungesheim sowie im Strafgefangenenlager Rollwald. Während dieser Zeit wurde er sechs Tage lang zu einem „verschärften Verhör“ bei der Gestapo festgehalten. Man hatte seinen Namen im Tagebuch eines Homosexuellen entdeckt und erhoffte sich die Nennung weiterer Namen. Er denunzierte niemanden.

Nach Verbüßung der Strafe kehrte er nach Berlin zurück. Es scheint ihm nicht mehr möglich gewesen zu sein, ein geordnetes Leben zu führen. Er beging Betrug und Urkundenfälschung. Die Strafe dafür betrug vier Jahre und sechs Monate Zuchthaus. Danach kam er nicht in Freiheit, sondern wurde als „Schutzhäftling“ in das KZ Sachsenhausen überführt. Hier enden seine Akten zur NS-Zeit.

1947 begegneten sich meine Eltern in Randersacker bei Würzburg. Mein Vater soll für die Amerikaner gearbeitet haben und meine Mutter versuchte wohl, sich deren Untersuchungen zu entziehen. Sie war Mitglied beim „Bund Deutscher Mädel“ und blieb auch nach 1945 eine begeisterte

Als mein Vater an offener Tuberkulose erkrankte, steckte ich mich an. Von 1953 bis 1956 lebten wir daher in einem Lungensanatorium in Ostfriesland. Während dieser Zeit sah ich meine Mutter, soweit ich mich erinnern kann, nur ein einziges Mal. Die Ehe meiner Eltern, die ich nur von 1956 bis 1961 bewusst erlebt habe, war sehr turbulent. Ich kann mich an handgreifliche Streitereien erinnern. Aber es gab auch die andere Seite. Mein Vater war meistens zu Hause und kochte gern, ebenso wie meine Mutter. Das Haus war für alle Kinder der Nachbarschaft offen, es gab jede Menge Haustiere - eigentlich eine unbeschwerte Kindheit.

Das änderte sich mit dem Selbstmord meines Vaters im Jahr 1961. Ich erinnere mich, dass mein Vater sich in den Wochen vorher sehr verändert hatte. Er war nicht mehr zugänglich, oft weg und es gab eine seltsame Stimmung zu Hause. Heute weiß ich, dass es die Traumata aus der Verfolgungszeit gewesen sein müssen, die ihn so depressiv machten. Wem hätte er sich anvertrauen können?

Meine Mutter kannte zwar seine Vorgeschichte, es war ihr jedoch unmöglich darüber zu sprechen. Der § 175 wurde immer noch angewendet und bei Bekanntwerden seiner Vergangenheit wäre die Familie schlimmsten Diskriminierungen ausgesetzt gewesen. Durch den Selbstmord meines Vaters fühlte sie sich verraten, hatte sie doch all die Jahre zu ihm gehalten. Es folgte eine völlige Negation meines



Info:

Seit Jahren begleitet der Bundesverband die Versuche von Frau Hörig, eine Entschädigung für die Auswirkungen der NS-Verfolgung des Vaters auf ihre eigene Gesundheit zu erhalten. Einen ersten Entschädigungsantrag nach den Härterichtlinien des Allgemeinen Kriegsfolgesgesetzes (AKG) hat die Bundesfinanzdirektion West abgelehnt. Über den Widerspruch, den der Bundesverband für Frau Hörig eingelegt hat, ist bisher noch nicht entschieden worden •